

Dr. Jürgen Rausch

Eine Widerrede zum Rückbau der sozialen Marktwirtschaft

Warum die Agenda des Wirtschaftsrats der CDU ordnungspolitisch regressiv, ökonomisch unhaltbar und gesellschaftlich brandgefährlich ist

Die verkürzte Logik der Entlastungsargumente

Die wirtschaftspolitischen Forderungen des Wirtschaftsrats der CDU folgen einem vertrauten Muster: Senkung der Sozialabgaben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Verschiebung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die entstehenden Einnahmeausfälle sollen – explizit oder implizit – durch Einschnitte in den Sozialstaat kompensiert werden, etwa durch die Herausnahme von Zahnarztleistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung. Was als wachstumsfördernde Entlastung präsentiert wird, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als ökonomisch unterkomplex und ordnungspolitisch problematisch. Zentraler Ausgangspunkt der Argumentation des Wirtschaftsrats ist eine angebotsökonomische Annahme: Geringere Abgaben und niedrigere Spitzensteuersätze sollen Arbeitsanreize erhöhen, Investitionen stimulieren und damit Produktivität und Wachstum steigern. Diese Logik ist in der ökonomischen Theorie nicht grundsätzlich

falsch – sie greift jedoch nur unter sehr spezifischen Bedingungen.

Empirisch zeigt sich, dass Steuersenkungen dann wachstumswirksam sind, wenn sie Investitionsentscheidungen tatsächlich beeinflussen oder Arbeitsangebot substanziell ausweiten. In hochentwickelten Volkswirtschaften mit bereits hoher Erwerbsbeteiligung, relativ geringer Grenzsteuerelastizität und strukturellen Angebotsengpässen – wie Deutschland – ist dieser Effekt begrenzt. Produktivitätsprobleme resultieren hier weniger aus mangelnder individueller Leistungsbereitschaft als aus strukturellen Faktoren: Investitionszurückhaltung, Innovationsdefiziten, Fachkräfteengpässen, infrastrukturellen Schwächen und institutionellen Reibungsverlusten.

Die pauschale Gleichsetzung von „mehr Netto“ und „mehr Produktivität“ unterschätzt diese strukturelle Dimension wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Sozialstaatliche Kürzungen als produktivitätshemmender Faktor

Besonders problematisch wird die Argumentation dort, wo Entlastungen über Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen gegenfinanziert werden sollen. Aus ökonomischer Perspektive ist der Sozialstaat kein bloßer Umverteilungsapparat, sondern

integraler Bestandteil produktiver Volkswirtschaften.

Gesundheitsversorgung, soziale Absicherung und Risikoteilung erfüllen mehrere ökonomisch relevante Funktionen: Sie stabilisieren Erwerbsbiografien, reduzieren individuelle Vorsorgezwänge, erhöhen Mobilität und sichern die langfristige Qualität des Arbeitsangebots. Wird etwa die zahnmedizinische Versorgung aus der solidarischen Krankenversicherung herausgelöst, entstehen kurzfristig fiskalische Entlastungen – langfristig jedoch höhere private Kosten, verstärkte soziale Ungleichheit im Zugang zu Gesundheitsleistungen und steigende Folgekosten durch unterlassene Prävention. Ökonomisch handelt es sich um eine klassische Externalisierung von Risiken: Kosten werden aus dem kollektiven System verdrängt, tauchen aber an anderer Stelle – etwa in geringerer Arbeitsfähigkeit oder höheren Krankheitsausfällen – wieder auf. Eine nachhaltige Steigerung der Produktivität ist auf diesem Weg nicht zu erwarten.

Bruch mit ordoliberalen Grundannahmen

Gerade aus ordnungspolitischer Perspektive sind die Vorschläge des Wirtschaftsrats widersprüchlich. Der Ordoliberalismus – prägend für die soziale Marktwirtschaft – verstand Marktprozesse stets als ordnungsabhängig. Wettbewerb entfaltet seine produktive Kraft nur innerhalb eines

stabilen institutionellen Rahmens, der soziale Risiken begrenzt, Machtasymmetrien ausgleicht und Vertrauen in die Regeln des Systems sichert. Die soziale Marktwirtschaft zielte daher nie auf einen minimalen Sozialstaat, sondern auf einen funktionalen Sozialstaat, der Marktteilnahme erst ermöglicht. Wer soziale Sicherung als bloßen Kostenfaktor behandelt, verlässt diesen ordnungspolitischen Konsens und nähert sich einer neoliberalen Logik an, in der individuelle Vorsorge kollektive Sicherung ersetzt und soziale Risiken privatisiert werden. Ökonomisch ist dies kein Rückgriff auf bewährte marktwirtschaftliche Prinzipien, sondern eine normativ aufgeladene Engführung, wodurch die institutionellen Voraussetzungen von Wachstum ausblendet werden.

Produktivität ist kein Appell, sondern ein Systemergebnis

Auffällig ist zudem der implizite Moralismus der Debatte: Produktivität erscheint als Frage individueller Anstrengung, die durch finanzielle Anreize mobilisiert werden müsse. Diese Perspektive verkennt den Charakter moderner Volkswirtschaften. Produktivität entsteht nicht primär durch individuelle Mehrarbeit, sondern durch bessere Organisation, Qualifikation, Technologie, Kapitalausstattung und institutionelle Qualität. Internationale Vergleiche zeigen,

dass Länder mit leistungsfähigen Sozialstaaten, hoher Bildungsqualität und verlässlicher öffentlicher Infrastruktur häufig höhere Produktivitätsniveaus erreichen als solche, die stärker auf individuelle Risikoübernahme setzen. Sozialstaatliche Sicherung wirkt hier nicht wachstumshemmend, sondern stabilisierend und innovationsfördernd.

Schließlich birgt die vorgeschlagene Kombination aus Steuerentlastungen für höhere Einkommen und Kürzungen im Sozialbereich erhebliche politökonomische Risiken. Sie verschärft Verteilungswahrnehmungen, unterminiert die Akzeptanz marktwirtschaftlicher Ordnung und schwächt das gesellschaftliche Vertrauen in politische Steuerungsfähigkeit. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist dies ein gefährlicher Kurs.

Fazit: Ordnungspolitik statt fiskalischer Kurzschlüsse

Die wirtschaftlichen Herausforderungen Deutschlands lassen sich nicht durch eine Reduktion sozialstaatlicher Leistungen lösen. Produktivitätssteigerungen erfordern eine konsistente Ordnungspolitik: verlässliche soziale Sicherung, gezielte Investitionen, funktionierende Institutionen und einen Staat, der als regelsetzender Akteur ernst genommen wird. Die Forderungen des Wirtschaftsrats markieren daher weniger einen

gangbaren Weg aus der wirtschaftlichen Stagnation als eine ordnungspolitische Verschiebung. Sie ersetzen die Logik der sozialen Marktwirtschaft durch eine verkürzte Angebotsökonomie – und riskieren damit genau jene ökonomische Stabilität, die sie vorgeben stärken zu wollen.

Leseempfehlung

Wohlstand für Wenige

Fratzscher, M. (2016). *Wohlstand für Wenige. Warum nicht alle vom Aufschwung profitieren.* München: C.H. Beck.

Fratzscher argumentiert differenziert gegen einfache Leistungsnarrative und zeigt, warum Produktivität, Investitionen und Institutionen entscheidender sind als individuelles Arbeitsverhalten.

Geiselberger, H. (Hrsg.). (2017). *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit.* Berlin: Suhrkamp.

Der Sammelband analysiert die politökonomischen Folgen neoliberaler Politikmuster in Europa: Sozialstaatsrückbau, Individualisierung von Risiken und die Erosion ordnungspolitischer Leitplanken. Mehrere Beiträge zeigen, wie ökonomische Verunsicherung politisch kanalisiert wird.